

Neubrandenburger Zeitung

27.12.2017



Die Garagennutzer in der Niels-Stensen-Straße müssen ab 1. Januar mehr bezahlen. Denn der Vermieter Neuwoges hatte für diesen Standort neue Verträge verschickt, zu deutlich teureren Konditionen. Das kommt 2018 auf weitere Mieter zu. FOTO: JÖRG FRANZE/NK-ARCHIV

Säumigen Garagennutzern droht jetzt die Räumung

Von Jörg Franze

Die Neuwoges hatte im zu Ende gehenden Jahr für drei Garagenstandorte neue Verträge verschickt. Nicht alle Nutzer haben sich bisher dazu geäußert. Im kommenden Jahr stehen rund 500 weitere Garagenmieter vor dem gleichen Thema.

NEUBRANDENBURG. Jetzt wird es ernst für die Garagenmieter der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft (Neuwoges), die im ablaufenden Jahr neue Vertragsangebote für ihre Auto-Unterstände bekommen hatten. Bei all denjenigen, die den neuen, deutlich teureren Konditionen nicht zugestimmt haben, greift zum Jahresende die vorsorgliche Kündigung. Davon betroffen ist nach Auskunft des Vermieters aber nur ein kleiner Prozentsatz der Nutzer.

Etwa drei Viertel der angeschriebenen 188 Garagenmieter hätten das Angebot der Neuwoges angenommen, so Neuwoges-Sprecher Matthias Trenn. „Das zeigt, dass die für diesen Schritt ausführlich dargelegten und nachvollziehbaren Gründe auf Akzeptanz bei den Betroffenen gestoßen sind“,

schätzt er ein. Insbesondere die Tatsache, dass die Attraktivität der wohngebietsnahen Garagenstandorte nachhaltig gesichert werden soll, spiele dabei eine Rolle.

Und das Unternehmen will das Versprechen, sich um die Standorte besser zu kümmern, auch einlösen. „Ab Frühjahr 2018 werden wir an den angesprochenen Standorten die bereits begonnenen Instandhaltungsmaßnahmen weiter forcieren“, sichert Trenn zu. Die entsprechenden Pläne und Kostenkalkulationen seien bereits abgeschlossen, zum Teil gebe es konkrete öffentliche Ausschreibungen für die geplanten Maßnahmen.

Allerdings hätten auch neun Prozent der Betroffenen ihrerseits das Mietverhältnis gekündigt, gibt die Neuwoges zu. Zudem würden zehn Widersprüche vorliegen, deren rechtliche Prüfung noch nicht abgeschlossen sei. Denn in den vorhergehenden, zum Teil aus DDR-Zeiten stammenden Verträgen, kamen die meisten Nutzer noch mit Jahresmieten unter 100 Euro davon. In den neuen Angeboten fordert die Neuwoges hingegen 33 Euro im Monat plus Mehrwertsteuer, pro Jahr also rund 470 Euro. Betroffen waren zunächst drei Komplexe

in der Villejuifer-, Niels-Stensen- und John-Schehr-Straße.

Rund zehn Prozent der angeschriebenen Garagennutzer hätten bis dato gar nicht reagiert. „Den säumigen Pächtern wurde eine Kündigungsbestätigung geschickt und ein konkreter Übergabetermin für die Garage benannt. Sollte dieser Termin ergebnislos, beispielsweise durch Nichterscheinen des jeweiligen Nutzers, verstreichen, wird die Neuwoges im Januar letztmalig schriftlich mahnen und einen Ersatztermin zu Übergabe benennen“, erklärt Trenn. Falls auch dies ohne Reaktion bleibe, werde die Neuwoges rechtliche Schritte zur Räumung einleiten.

Mieterbund empfiehlt Kontakt mit Vermieter

Das Unternehmen sei allerdings nicht an einer Eskalation interessiert. „Deshalb bieten wir jedem bislang untätig gebliebenen Nutzer an, mit uns in Kontakt zu treten. Ein konkreter Ansprechpartner ist in den jeweiligen Schreiben benannt“, versucht die Neuwoges noch einmal, den Verweigerern die Hand zu reichen.

Eigentlich wollte der Vermieter noch im zu Ende gehenden Jahr an weiteren

Standorten die alten Verträge durch neue ersetzen. Basis für dieses Handeln ist das Schuldrechtsanpassungsgesetz, das die Möglichkeit gibt, das Eigentum an den Grundstücken und Gebäuden zusammenzuführen. Doch nun seien erst für Frühjahr 2018 weitere Schritte geplant, blickt Matthias Trenn voraus. Voraussichtlich im ersten Quartal werde man rund 500 weiteren Garagennutzern an anderen wohngebietsnahen Standorten ein ähnliches Angebot unterbreiten.

Der Deutsche Mieterbund Neubrandenburg hatte schon in der ersten Runde Garagennutzern empfohlen, im Fall sozialer Härten zumindest das Gespräch mit der Neuwoges zu suchen. Zwar gebe es keinen Rechtsanspruch auf ein Entgegenkommen, das Unternehmen hätte aber signalisiert, Fälle einzeln prüfen zu wollen. Das gelte auch für mögliche Entschädigungsansprüche, falls Nutzer den neuen Vertrag nicht annehmen. „Hier sind angesichts der Vielzahl der Vertragskonstellationen die Erfolgsaussichten sehr unterschiedlich“, schätzte Mieterbund-Chef Jochen Lansky ein.

Kontakt zum Autor
j.franze@nordkurier.de